

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Prag, II., Stefansplatz 18.

Titel
Seite 20
Nr. 262

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich (rüh)

8. Jahrgang.

Samstag, 3. November 1928.

Nr. 262.

An das werktätige Volk!

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleinbauern und Handwerker!
Männer und Frauen!

Zum ersten Male seit der Herrschaft des tschechisch-deutschen Bürgerblocks finden das ganze Reich umfassende, die gesamte Bevölkerung zur Stimmenabgabe aufrufende Wahlen statt:

Die Wahlen in die Landes- und Bezirksvertretungen.

Zum ersten Male hat die Gesamtheit der Wählerschaft die Möglichkeit, zu urteilen und zu richten über die Regierung der internationalen Bourgeoisie!

Zwei Jahre Bürgermehrheit im Parlament — das waren zwei Jahre ununterbrochener Anschläge wider die Lebensinteressen der arbeitenden Massen.

Es gibt kein von der Bürgermehrheit geschaffenes Gesetz, das nicht gegen die Arbeiter, gegen die Besitzlosen gerichtet ist!

Die tschechisch-deutsche Bürgermehrheit hat durch die Agrarzölle, durch Erhöhung indirekter Steuern, durch Zustimmung zur Zuckerpreiserhöhung die Lebenshaltung der arbeitenden Schichten ungeheuer verschlechtert, die kleinen Landwirte schwer geschädigt, den Großagrarierern und Zuckerindustriellen dagegen Sondergewinne, dem Staate gewaltige Zoll- und Steuereinnahmen auf Kosten der Armen verschafft.

Sie hat durch die kapitalistische Steuerreform den Unternehmern ungeheure Steuererleichterungen gebracht, den Abbau der Verbrauchs- und Umsatzsteuern sowie der Zölle verhindert und dadurch die konsumierende Bevölkerung in immer steigendem Maße schwer belastet! Sie hat durch die Verlängerung der militärischen Dienstzeit und die Schaffung des Dreieinhalbmilliarden-Rüstungsfonds die jungen Arbeiter, aber auch die Gesamtheit aller Arbeitenden wirtschaftlich schwer geschädigt, den Militarismus außerordentlich gestärkt und so mit beigetragen zur Durchkreuzung aller Versuche einer internationalen Abrüstung.

Sie hat durch das Gemeindefinanzgesetz nicht nur die Bezirke und Gemeinden in schwerste Bedrängnis gebracht, sie an den Rand des Bankrotts getrieben und die soziale Fürsorge erwürgt, Waisenhäuser gesperrt, die Jugendfürsorge und den Mieterschutz schwer gefährdet, die Entwicklung unserer Schulen gehemmt, sondern durch die Einführung neuer sowie durch Erhöhung bestehender Abgaben der armen Bevölkerung neues Unheil gebracht!

Sie hat durch die Verwaltungsreform dem Kampf der nationalen Minderheiten um die Selbstverwaltung fast unüberwindliche Hindernisse entgegengetürmt, durch den Wahlrechtsraub an den jungen Wählern und durch die Bestimmung der Ernennung eines Drittels der Mitglieder der Vertretungskörper die Demokratie verfälscht und der Regierung die Möglichkeit gegeben, die Wahlergebnisse im Interesse der Besitzenden zu korrigieren, durch die Verleihung unerhörter Nachsüsse an die Bürokratie die Selbstverwaltung überhaupt zu einer Farce gemacht.

Sie hat durch Mißbrauch der Bodenreform den Bodenschacher und die nationalistische Kolonisation festgesetzt.

Sie hat durch die Verschlechterung der Sozialversicherung die Interessen der gesamten arbeitenden Bevölkerung auf das schwerste verletzt, zehntausende Arbeiter aus der Versicherung hinausgeworfen, den Einfluß der Unternehmer auf die Versicherungsinstitute verstärkt, die alten bedürftigsten Arbeiter einfach übergegangen.

Sie hat durch schroffe Nichtachtung der dringlichsten Forderungen der Kriegsverletzte ein ganzes Heer arbeitsunfähiger oder nur teilweise erwerbsfähiger Menschen der Verzweiflung preisgegeben und sie noch gehöhnt durch die Bereitwilligkeit, die Pensionen der habsburgischen Generale zu erhöhen.

Sie hat durch die gänzlich unzureichende Regelung der Bezüge der Altpensionisten und durch den Abbau der Beamten und Lehrergehälter, sowie durch die Systemisierung die Interessen der aktiven und pensionierten Beamten mißachtet.

Sie hat durch gesetzliche Maßnahmen das Wohnungsproblem in ganz einseitiger, unsozialer und nur im Interesse der großen Haus- und Grundrentner gelegener Art behandelt und den Mieterschutz noch mehr verschlechtert. Sie acht, ohne für die Schaffung von Volkswohnungen vorzusorgen, daran, den Mieterschutz völlig zu beseitigen.

Ihr Bauförderungs Gesetz unterstützt bloß das spekulative privatkapitalistische Bauen. Die Einstürze von Neubauten in Prag sind das Ergebnis dieser Baumethoden und

mehr als vierzig erschlagene Bauarbeiter klagen das herrschende Regierungssystem an!

Ankläger der bürgerlichen Regierungsmehrheit sind aber auch die vielen Obdachlosen, die vielen kinderreichen Familien, die in engen Kellern in qualvoller Enge hausen müssen, — Ankläger sind die Armen, denen die Herrschenden das Leben verteuert, erschwert und verbittert haben. Ankläger sind die um vier Monate länger ihrer Freiheit beraubten Soldaten, Ankläger ist die gesamte arbeitende und trotz schwerem und emsigem Schaffen notleidende Bevölkerung!

Der Anklage muß die Verrückung folgen durch die Volksentscheidung bei den Wahlen am 2. Dezember 1928!

Wähler und Wählerinnen! Ihr habt zu richten über jene Parteien, die euch die Lebensmittel verteuerten, das Wohnen erschwerten, die den Militarismus stärkten, die Sozialversicherung verschlechterten, die Demokratie zertrümmerten, die Selbstverwaltung vernichteten!

Ihr müßt euch also vor allem wenden

gegen die deutschen Regierungsparteien, gegen Christlichsoziale, Landbund und Gewerbepartei!

Denkt auch daran, daß diese Parteien laut und feierlich verkündet haben, nur deshalb in die Regierung einzutreten, um dem deutschen Volke freie Bahn für seinen Aufstieg zu schaffen, um an die Stelle fruchtlosen Protestierens endlich entscheidende Taten zu setzen, um die Verständigung und den Ausgleich zwischen den Völkern des Staates anzubahnen, — und dann fraget: Was ist von allen diesen Verheißungen erfüllt worden?

Nichts! Gar nichts!

Ja, dieselben deutschen Parteien, die vorgaben, durch ihre Teilnahme an der Regierung die Rechte des deutschen Volkes besser wahren zu können, haben

wichtige Rechte des deutschen Volkes preisgegeben, die Stellung der Deutschen im Staate verschlechtert!

Kein Schritt zur Regelung des Verhältnisses der Nationen zueinander und zum Staate wurde versucht! Die nationale Selbstverwaltung des Schulwesens ist leerer Versprechen geblieben. Die Verwaltungsreform der die deutschen Regierungsparteien nicht bloß zugestimmt haben, sondern für die sie auch mit größter Begeisterung eingetreten sind, liefert die Deutschen in den Landesvertretungen dem Diktat tschechischer Mehrheiten aus und macht die tschechische Bürokratie zur Beherrscherin aller Selbstverwaltungskörper.

Die deutschen Regierungsparteien haben nicht an das deutsche Volk gedacht, sondern an die materiellen Interessen der Besitzenden. Sie haben

Volkrechte für Profite verschahert!

Wähler und Wählerinnen! Wenn ihr die Versprechungen und Verheißungen der deutschen Regierungsparteien mit ihren Taten vergleicht, dann werdet ihr zur Erkenntnis kommen, daß für jeden aufrechten Mann, für jede denkende Frau die Lösung gelten muß:

Keine Stimme den Regierungsparteien!

Schaffende Männer und Frauen! Ihr könnt aber euer Stimmen auch nicht jenen bürgerlichen Parteien geben, die außerhalb der Regierungsmehrheit stehen, den Deutschen nationalen und Nationalsozialisten! Monatelang haben die Nationalsozialisten die Christlichsozialen, Landbündler und Gewerbepartei, mit denen sie im „Deutschen Verband“ vereinigt waren, noch nach dem Regierungseintritt dieser Parteien unterstützt; ihr politischer Weg war stets der eines wirren Zirkels, ihr „Sozialismus“, ein tolles Gemisch abgestandener Phrasen, wird am besten gekennzeichnet durch ihr neuestes politisches Bündnis, durch den Zusammenschluß mit der deutschen Nationalpartei, der Partei der deutschen Fabrikanten, im „Völkischen Block“! Die Deutsche Nationalpartei, die unter Ludwigs Führung mit dem Irredentismus infizierte, ist unter Dr. Rosches Führung den Regierungssdeutschen so nahe gekommen, daß sie sich kaum noch von ihnen unterscheidet und erst beim Nahen der Wahlen hat sie sich wieder auf ihre oppositionelle Stellung besonnen. In den Gemeinden und Bezirken arbeiten sie als willfährige Werkzeuge den kapitalistischen Parteien in die Hände.

Deutsche Nationalpartei und deutsche Nationalsozialisten sowie auch die unter den verschiedensten Decknamen auftretenden wirtschaftlichen Listen unterscheiden sich nur durch Schattierungen von den deutschen Regierungsparteien!

Ihr könnt aber euer Stimmen, wenn ihr sie nicht wegwerfen wollt, auch nicht den Kommunisten geben. In den geistverberbenden Körperschaften haben sich die Kommunisten mit dem Abbrennen prafelnder Rederewerte begnügt — die ernste, sachliche Arbeit und den Kampf mit Frauentum haben sie den Sozialdemokraten überlassen. Bei jedem großen Kampf sind die Kommunisten der Sozialdemokratie in den Rücken gefallen. Sie, die

durch die Verschlagung der Einheit der Arbeiterbewegung und durch die Entfesselung des die proletarischen Kräfte zersplitternden Bruderkampfes die wahren Schuldigen der Erstarkung der politischen Macht der Bourgeoisie sind

sind ernstlichen Kampfes gegen das Bürgertum überhaupt nicht mehr fähig. Der „Rote Tag“ in Prag hat gezeigt, daß ihre eigenen Anhänger die Kampfpapieren der Partei nicht ernst nehmen und sie nicht befolgen. Nur noch eines können die Kommunisten: in blinder Wut gegen die Sozialdemokratie, gegen die eigenen Klassengenossen stürmen! Die Partei, die nach eigenem Eingeständnis keine Fühlung mit den Massen hat und Fehler auf Fehler häuft!

Jede Stimme für die Kommunisten ist eine Stimme gegen die proletarische Einheit, eine Stimme für die Bourgeoisie!

Wähler und Wählerinnen! Wir fordern euch auch deshalb auf, sozialdemokratisch zu wählen, weil es — trotz allen Hemmungen durch die Bestimmungen des Gesetzes über die Verwaltungsreform und durch das Gemeindefinanzgesetz — in den Landes- und Bezirksvertretungen sehr ernste, sachliche Arbeit zu leisten gilt. Denkt daran, daß es in den Landesvertretungen auch um die Verwaltung der Krankenhäuser, Irrenanstalten, Krüppelheime, Blinden- und Taubstummeninstitutionen, um die Errichtung von Heilanstalten für Lungenkranke, um Wöchnerinnen- und Kinderkuren geht, daß den Bezirken große soziale, humanitäre, verkehrstechnische und Verwaltungsaufgaben gestellt sind und daß es von der Zusammenfügung der Bezirks- und Landesvertretungen auch abhängt, ob in den Gemeinden künftig

hin eine fruchtbare, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Arbeit wird geleistet werden können. Gerade weil die Landes- und Bezirksvertretungen ein so wichtiger Boden für Kampf und Arbeit sein werden, müssen in diese Verwaltungskörperschaften Vertreter entsendet werden, die in unermüdlichem, zähen Ringen, in beharrlicher Arbeit die Interessen der arbeitenden Menschen vertreten, sich den Nachschüben der Bürokratie entgegenstellen, die Landes- und Bezirksvertretungen als Bastionen benötigen, von denen aus der Kampf um wirkliche Selbstverwaltung geführt werden muß.

So haben die Wahlen in die Landes- und Bezirksvertretungen zweifache Bedeutung: Für unerfrockene Wahrung der Arbeiterinteressen in diesen Verwaltungskörperschaften zu sorgen und der rass- und herrschgierigen Bourgeoisie eine entscheidende Schlacht zu liefern!

Wähler und Wählerinnen! Schwer lastet der Bürgerblock auf dem Leben der Völker der Tschechoslowakei, die Freiheit erstickend, die Wohlfahrt der Massen erdrückend. Aber schon ist sein Gefüge gelockert, schon zeigen sich Risse und Sprünge.

So nähert die Möglichkeit, den Bürgerblock zu zerbrechen, die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen.

Der Bürgerblock verfügt über keine Mehrheit in der Bevölkerung. Sorget dafür, Wähler und Wählerinnen, daß bei den Wahlen in die Landes- und Bezirksvertretungen sich eine gewaltige Mehrheit der Bevölkerung gegen den Bürgerblock erhebt! Bereitet den Regierungsparteien eine entscheidende Niederlage — und ihr entscheidet auch über das Schicksal der jetzigen Parlamentsmehrheit!

Wähler und Wählerinnen! Wenn ihr euch der großen Bedeutung der Wahlen bewußt werdet, dann werdet ihr euch scharen um die alte, ruhmreiche Fahne der Sozialdemokratie, werdet ihr den Wahlkampf führen als Kampf für die Demokratisierung der Verwaltung, ihn führen als Kampf gegen die Klassenherrschaft der Besitzenden, ihn führen als einen Teilkampf im großen Ringen zwischen den Klassen, damit die Arbeiter in diesem Staate ihre große geschichtliche Mission zu erfüllen vermögen:

Verständigung und Versöhnung der Nationen! Niederringung der Bourgeoisie! Befreiung der Arbeiterklasse!

Die Parteivertretung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Einstellung der kommunistischen Presse.

Ein Kapitel tschechoslowakischer Pressefreiheit.

Unter diesen Titeln beschäftigt sich die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ mit der Einstellung der kommunistischen Blätter, die auch wir bereits als reaktionärste, antidemokratischste Maßnahme gekennzeichnet haben, zumal diese Verfügungen eine politische Partei just im Augenblicke vor dem Wahlkampf treffen. Die „Arb.-Ztg.“ beleuchtet diese Pressefesselung von der juristischen wie von der politischen Seite als ein Unikum in einer demokratischen Republik, gibt aber zum Schluß ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, daß die Verwaltungsbehörde das Gesetz wirklich mit Brutalität durchführt.

„Denn“, so schreibt das Blatt, sie (die Brutalität) ist selbst vom ordinärsten Polizeistandpunkt ganz überflüssig; weil Staatsanwaltschaft und Polizei die kommunistischen Zeitungen ohnedies jeden Tag konfiszieren, jeden Satz, jedes Wort, das ihnen mißfällt, aus ihren Spalten austreten. Diese Zensuren legen ja nicht einmal ein gedrucktes Pflüchexemplar vor, vielmehr, so wie wir es unter dem Ausnahmezustand während des Krieges tun mußten, nur Büchsenabzüge, in denen dann natürlich die Zensoren wüten, wie sie nur wollen. Die Einstellung ist daher der reine Boshheitsakt; mit ihm will die Staatsgewalt der kommunistischen Partei offenbar zeigen, daß sie sie als eine politische Macht, auf die sie Rücksicht zu nehmen habe, nicht mehr anjehet, mit ihr vielmehr nach Belieben umherzupringen kann. So weit haben es die Kommunisten in der Tschechoslowakei mit ihrer

Freiheit gebracht, aus der heraus sie alles hinnehmen, was ihnen der Staat anut, und was sie vor den Arbeitern damit zu verbergen hoffen, daß sie auf die Sozialdemokratie sinnlos schimpfen. Das treffen sie freilich gut; sich aber gegen Gewalt, in welcher Weise immer, zu wehren, dessen sind sie unfähig. Aber die Arbeiter in der Tschechoslowakei werden diese feige Demagogie bald herausheben und dann mit der Partei, die ihre Macht im Staate zugrunde gerichtet hat, nach Gebühr abrechnen.“

„Sollen wir mit einer solchen Zensur in das zweite Jahrzehnt der Republik gehen?“

Unter dem Titel „Konfiskationschande“ besetzt sich das „Pravo Lidu“ mit unserer Jubiläumskonfiskation und schreibt: „Es ist eigenartig, daß während sich der Staat offenbar politisch und national immer mehr konsolidiert, die Konfiskation der politischen Presse bei uns immer mehr Ausdehnung gewinnt! ... Uns scheint es tatsächlich, daß unsere Zensur von unserem Staate und keiner inneren Konsolidierung im Auslande Auffassungen verbreitet, die uns nur schaden und uns keinen guten Namen machen. Sollen wir mit einer solchen unmöglichen Zensur ins zweite Jahrzehnt der Republik gehen? Wenn nicht diese Koalition der beschränkten Auffassung, eine Koalition, die die organisierte Mißachtung der Demokratie und der Verfassung vorstellt, Ordnung in unseren Presseverhältnissen macht, werden es die Wähler machen müssen, die nicht eine Regierung an der Macht dulden können, welche das alte Oesterreich dort kopiert, wo es uns am meisten schaden kann!“

An der Schwelle des Balkans.

Emigrantenmorde und Abhrecht.

Ein Bulgare, ein Albaner und nun ein Ukrainer haben Prag zum Forum ihrer politischen Propaganda der Tat und zum Schauplatz ihrer Racheakte gemacht. Das ist gewiß auch im Interesse der Stadt Prag und vielleicht auch im Interesse des Staates, dem gelegentlich doch außenpolitische Schwierigkeiten aus derartigen Attentaten erwachsen können, bedauerlich. Aber Prag ist nicht die einzige Stadt, die von politischen Emigranten Attentaten erwählt wurde. Berlin, Wien und Paris haben Armenier, Mazedonier und Juden als Mörder ihrer ermordeten Brüder am Werke gesehen und jedesmal tauchte dann die Frage auf, wie seien „balkanisiert“. Die tschechische Presse und gerade die fortschrittliche und demokratische, die in dieser Dingen oft am weitesten über das Ziel schießt, gibt auch jetzt ihrem Bedauern über die „Balkanisierung“ Prags Ausdruck und fordert Abwehrmaßnahmen.

Sind im Rahmen demokratischer Gepflogenheiten solche möglich, so wird niemand gegen sie etwas einzuwenden haben. In einem Rechtsstaat werden natürlich das gesetzliche Strafrecht und die Rechtsprechung selbst immer die wirksamste Abwehrmaßnahme sein. Freilich könnte der Fall, daß die Geschworenen, denen der Angeklagte die Not seines Volkes vorträgt und die für seine Motive Verständnis aufbringen, mit einem Freispruch vorgehen, zur Nachahmung reizen und, zwischen demokratischer Sympathie mit einem unterdrückten Volk und der grundsätzlichen Gegnerschaft gegen den politischen Nord-Schwankend, haben die Volkrichter eine wahrhaft nicht leichte Wahl. Immerhin muß ihre Autorität gerade in solchen Fällen respektiert werden und man sollte sie nicht durch den Appell an ihr vaterländisches Gefühl zu heirren, die Gerechtigkeit nicht durch Staatsräson zu hemmen suchen.

Eine begrüßenswerte Maßnahme wäre ohne Zweifel auch die Einstellung jener ausgesprochenen Emigrantenförderung, um nicht zu sagen, Emigrantenzucht, die in der Tschechoslowakei betrieben wurde. Wir haben uns schon vor Jahren dagegen verwahrt, daß an tausend zaristischer Emigranten vom Staate besoldet werden und ein Vielfaches dessen erhalten, was derselbe Staat den Arbeitslosen oder dem Kriegsinvaliden zahlt. Leider hat sich an dem so oft schon gerügten Zustand nichts geändert, wir haben nach wie vor Millionen für die Weisgardisten übrig, aber wir waren an Witwen, Krüppeln, Greisen und Arbeitslosen. Hier Remedur zu schaffen, wäre jeder Anlaß gut, wenn es eines solchen schon besonders bedarf.

Der tschechische Presse, die nach Abhilfe ruft, schwebt aber anscheinend etwas anderes vor, nämlich die Beschränkung des Abhrechtes. Dieser Forderung gegenüber kann man nicht zeitig genug zur Besinnung mahnen. In beiden mitteleuropäischen Staaten, die in den Jahren furchtbarster politischer Verfolgungen vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer und vom Ural bis zum Atlantik den politischen Flüchtlingen ein Normalmaß von Schutz und ein bescheidenes Asyl gewährten, in Oesterreich und in der Tschechoslowakei, häufen sich in letzter Zeit die Versuche, das Abhrecht, das seit je eine der humansten und ehrenvollsten Pflichten der Demokratie ist, einzuschränken oder faktisch aufzuheben. Allerdings sollten die Emigranten, die sich zu Taten individuellen Terrors entschließen (den wir in jedem Fall verwerfen, was kaum noch betont werden muß), bedenken, daß sie dabei die Abhrechte ihrer Landsleute und Gesinnungsgenossen schwer gefährden. Ereignen sich aber Attentate von Emigranten, so sollte man doch

nicht einfach den Stab über ihnen brechen und kritiklos von der Verletzung des Gastrechtes reden, die durch Schmälerung des Abhrechtes gerügt werden müsse.

Man denke doch, welchen Völkern die Attentäter meist angehören! Es sind, wie die Mazedonier und Ukrainer, Nationen, die man seit Jahrhunderten in den verschiedensten Staaten, denen sie durch Gewalt und Kriegsrecht einverleibt werden, mit blutiger Grausamkeit unterdrückt, mundtot macht, jedes Recht beraubt. Der polnische Staat hat die galizischen Ukrainer, die schon in Oesterreich der Willkürherrschaft der polnischen Schlägler ausgeliefert waren, zu Seloten gemacht. In Konzentrationslagern wurden die national gesinnten Ukrainer zwischen Stacheldraht gesperrt und starben zu Tausenden. Die Kerker Polens sind mit ukrainischen Gefangenen gefüllt, kein Tag vergeht, ohne daß Verhaftungen von Ukrainern und Weiskrüssen gemeldet werden. Polen feiert eben jetzt die Unterwerfung der Ruthenen unter polnische Herrschaft und nicht nur in Prag, auch in Lemberg selbst antwortet das ukrainische Volk mit Taten der Verzweiflung. Wenn dort Slawen von Slawen blutig unterdrückt werden, so sollte ein slawisches Volk, das sich seiner nationalen Freiheit errent wie die Tschechen, hier nicht am Seite der Unterdrückten stehen.

Und wenn nun von „Balkanisierung“ spricht, erwäge man doch, wer in der Verdrüderung mit dem Balkan vorangeht! Sind wir nicht seit zehn Jahren mit zwei Staaten verbündet, in denen furchtbarste, barbarische Zustände herrschen? In Rumänien mordet und plündert, stiehlt und raubt die Siguranza, es gibt kein gleiches Recht für die Staatsbürger, sondern nur Privilegien der korrupten Herrenklasse von Bojaren und Bankiers, die mit Hilfe der Siguranza das Volk schamlos ausbeutet und blutig knechtet. In Serbien wird in der Stupitschina geschossen, in Serbiens Hauptstadt existiert die Schande der Glavnica, des mörderischen Polizeigesängnisses, in den Dörfern Kroatiens und Bosniens, Mazedoniens und des Banats können Arbeiter und Bauern spurlos verschwinden, gibt es Tausende ungeführte Morde. Und doch sind wir, ein Rechtsstaat, ein Kulturstaat, der Staat Malaris und der Tradition Komenskys, mit Rumänien und Serbien verbündet! Seit Jahren appellieren wir an das Ehrgefühl der tschechischen Demokratie, an die Humanität der politischen Führer der tschechischen Linken, um sie aufzurufen gegen eine Bündnispolitik, die uns zum westlichen Pfeiler des Balkans, zum Treuhänder der rumänischen und serbischen Denker ihrer Völker macht. Unser Appell war leider immer vergeblich. Wenn man aber jetzt, da der Angehörige eines unterdrückten Volkes, dem es in seiner Heimat verwehrt ist, vernehmlich zu protestieren, auf dem Boden Prags die Waffe gegen einen Repräsentanten der Unterdrücker hebt, um der Welt Zeugnis zu geben von der Tragödie seines Volkes, wenn man nun diese grundsätzlich sicher nicht zu billigende Tat individuellen Terrors zum Anlaß nimmt, das demokratische Abhrecht zu schwächen, so wollen wir gerade jetzt daran erinnern, was uns Unrecht ist, was uns mit dem Balkan in der Verdrüderung bringt, was den Schild der tschechischen Demokratie besetzt: nicht die Zufälligkeit eines politischen Attentats auf Prager Boden, sondern die feierlich beschworene Freundschaft mit den Machthabern zweier Staaten, die außerhalb des Bereiches europäischer Kultur liegen!

Die Nacht nach dem Verrat.

Roman von Liam O'Flaherty.

(Copyright bei Th. Knauer-Berlin.) 61

Gypo hatte das Bettzeug zu seiner Zuständigkeit geordnet. Die Decken hüllten seinen Körper bis zur Brust ein. Die Augen begannen ihm zu sinken. Sein kleiner runder Hut sah immer noch auf seinem Kopf, vorn über die Stirn gezogen. Durch sein Gehirn ging ein beständiges Murmeln. Die Geräusche, die Worte, die Gerüche um ihn her hatten keine Bedeutung mehr für ihn.

Schlaf, Schlaf, Schlaf.

„Jesus!“ kreischte wiederum die alte Frau und versuchte voller Wut, sich zu erheben. „Nimm dich, Verräter, neben dem ich liege? Heraus mit dir. An deiner Hand klebt Blut. Da ist —“

Gefahr, Furcht, alles war vergessen in seinem Verlangen nach Schlaf, Schlaf, Schlaf, Schlaf.

„Lieg still, oder ich schlag' dir das Gehirn ein“, zischte Katie, wiederum zum Bett stürzend. Mit einem schlaftrüben Senzer streifte Gypo seine linke Hand aus und ließ sie quer über den Körper der alten Frau sinken.

Sie unterlag dem Gewicht der mächtigen Hand. Sie lag über ihr, gelockert und erschöpft. Neugierig blinzelte sie über die Wölbung der Decken nach ihr hin. Vielleicht erblickte sie sie mit Schrecken. Wer weiß, welche Gefühle sich hinter diesem häßlichen Schadel verbargen?

Gypo sah nicht nach ihr hin. Seine Augen waren fast geschlossen. Seine Rippen dehnten sich lautlos und zogen sich zusammen.

Schlaf, Schlaf, Schlaf.

Dann ein wildes Nimmien zu den Bergen.

Schlaf, Schlaf, Schlaf.

Katie Fox stampfte auf den Boden. „Verdammt Geschichte.“

Sie ging in die Mitte des Zimmers. Dann verschränkte sie die Arme und stand mit weitgeschweiften Beinen und vorgestreckter Brust und starrte mit glühenden Augen nach der verschwommenen Wand. Sie warf den Kopf zurück und lachte.

„Bin ich nicht verrückt? Bin ich nicht verrückt? Die ich mit den feinsten Herren im Land gehen könnte? Weißt du, daß mein Großvater der Herzog von Clontiffen war? Weißt du das? Und meine Mutter war väterlicherseits mit dem Königsstamm verwandt. Nicht etwa mit dem König von England, sondern mit einem kühnen König von Spanien, da, wo die Orangen wachsen und wo sie Wein trinken aus Brunnen wie Wasser vom Shannon-Fluß. Ich bin da nämlich geboren und in einem Schloß aufgewachsen, groß wie die Grafschaft Waterford, und Erzbischöfe haben mich bei Tisch bedient mit roten Servietten überm Arm wie eine richtige Dame.“

„Herje, willst du wohl die Puste anhalten“, piepte die alte Frau. Sie versuchte ihren Stuhl zu schwenken und sich loszumachen von der Wand, die auf ihr lag. Aber die Hand wurde einen Augenblick lang steif. Das alte Weib wurde von ihr niedergedrückt, dann wurde die Hand wieder schlaff.

Schlaf, Schlaf, Schlaf.

Einen Augenblick lang öffneten sich Gypos Augen weit. Dann schloß er sie wieder. In seinem Gehirn verschwamm alles. Alpträume standen gesammelt, bereit, sich auf das schlafende Bewußtsein zu stürzen und in ihrem wilden Reigen fortzuführen, sobald es, in den Schlaf gerannt, entwich. Er war den Alpträumen bereits ausgeliefert.

Schlaf, Schlaf, Schlaf.

Katie Fox sah ihn einen Augenblick lang tüdtsch an. Ihr Gesicht wurde hart, die Augen verengten sich zu Punkten. Dann bliete sie

wieder fort gegen die Wand. Ihre Unterlippe sank herab, die Augen weiteten sich. Zweimal sog sie an ihrer Zigarette und begann wiederum zu reden.

„Ich könnte dir Geschichten über das alles erzählen, Gypo“, rief sie, indem sie wild ihren Arm in seiner Richtung schwenkte. „Erzählen könnt' ich, weiß Gott, ich könnte. Aber wozu nicht das Erzählen? Wie? Was hat das alles für 'nen Zweck? Und Frazer Conroy hat mir keine Absolution gegeben. Schön, er soll zum Teufel gehen. O Gnadenmutter“, schrie sie, plötzlich bekreuzigend, „was hab' ich gekagt? Was —“

Louisa Cummins krächzte: „Da, bekreuzige dich, bekreuzige dich bloß. 's nutzt dir alles nichts. In die Hölle wirst du kommen, runter in die Hölle. Sahaha!“

„s ruht ein Fluch auf meiner Familie, Louisa, freit meine zweite Kusine, die Herzogin von — von — von —, wie heißt doch gleich der Ort, von dem sie Herzogin war? Ich vergess' es, obwohl ich oft mit meiner Mutter da war. Es ist irgendwo draußen bei Allinch. Gleichviel, die hat jedenfalls den Fluch über meine Familie gebracht. Dreizehn Affen hatte sie, die sahen immer bei ihr am Frühstückstisch.“

„Du Lügnerin, du Lügnerin“, schrie das alte Weib in plötzlicher Wut, „sie konnte keine dreizehn Affen haben, sie konnte keine dreizehn haben. Das Giftzeug, das du zu dir nimmst, ist dir ins Gehirn gestiegen. Dreizehn! Verrückt!“

Gypo murmelte irgend etwas in einem wilden Flüstern. Beide Frauen sahen ihn an. Seine Lippen bewegten sich, aber die Worte waren unverständlich. Seine massige Brust schwellte sich in riesigem Maße und fiel dann langsam wieder zusammen, während der Atem in einem starken Strom durch die Rippen entwich. Sein schreckliches Gesicht war bewegungslos im Schein des Feuers. Es sah traurig und sorgenvoll aus.

Schlaf, Schlaf, Schlaf.

Beim donnernden Tönen der gespenstigen Musik seiner Träume wurde er in schweren Wolken des Schlafs davongetragen. Ganz frühe Erinnerungen gewannen Gestalt und bedrückten ihn. Sie nahmen die Form von Wesen an, die ihn verfolgten.

Schlaf, Schlaf, Schlaf.

Seine Kraft loderte sich, löste sich, glitt aus den Banden und schwebte gelockert auf den Dämpfen des Schlafes.

Schlaf, Schlaf, Schlaf.

Mit leise gedämpfter Stimme fuhr Katie fort: „Weißt du, was ich dir sagen will? Wenn ich tot bin, dann werden sie mich heilig sprechen, dann werde ich einen heiligen Trummen haben, draußen bei Malahide Road und ich werde jedem einen Fluch schicken, den ich nicht leiden kann, daß er aufwachen muß mitten in der Nacht und barfuß zu den Brunnen gehen und den Becher trinken von dem heiligen Wasser, und niemals wird er wissen, daß ich's vergiftet habe. Eine verrückte Welt ist das, Louisa, und du wirst bald nicht mehr auf ihr sein, weil nämlich —“

„Bange willst du mir bloß machen“, krächzte das alte Weib. „Auf deinem Grab werd' ich noch tanzen. Du Teufelsbrut, du bist die erste nicht, nicht mal die fünfte, die in den zehn Jahren in mein Haus gekommen sind und alle denselben Weg gingen. Nein, du nicht. Und du wirst auch nicht die letzte sein, oh! Alle habt ihr häßliche Gesichter. Alle habt ihr schöne, starke Männer, die euch küssen. Aber die alte Louisa Cummins mit dem häßlichen Gesicht wird noch auf euren Gräbern tanzen. Die tanzt auf euren Gräbern! Hast du deinen schmutzigen Fluch auf ihn geworfen? Verräter, oder was sonst alles er noch ist, ich werd' dich das nicht tun lassen. Geh weg vom Bett.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Walpurgisnacht der politischen Hysterie.

Von Ludwig Eldersch.

Graz, Anfang November.

Es ist Walpurgisnacht in Oesterreich. Die österreichische Bourgeoisie feiert ihr Wiedererwachen, alle Gummizellen der politischen Irenhäuser sind offen. Wird den Reaktionen der Amokläufer gegen die Demokratie nicht gelingen, so wird ein Psychiater verständnisvoll ihren Hochverrat mit der Diagnose „Jugendirresein“ korrigieren. In Oesterreich haben Hochverräter nichts zu riskieren. Hier ist Hochverrat ein Verdienst, ja geradezu eine patriotische Pflicht.

„Fhui der Judenrepublik!“ Seit Jahren singen die Landsknechte des Börsen- und Industriekapitals diesen infamen Refrain. Der deutlichste Beweis dafür, welche Emotionen das österreichische Bürgertum beherrschen: man fordert die Niederwerfung der Demokratie, die als eine jüdische Erfindung deklariert wird, man will die Abschaffung der Republik. Die Leute, die ihre politische Legitimation, das Hakenkreuz oder das Heimwehrabzeichen, im Knopfloch tragen, die Rekruten der organisierten bürgerlichen Korruption sind gewillt, die Republik zu meucheln. Am 7. Oktober hätte sie zu Grabe getragen werden sollen. Aber man schickte die Mörder zum Teufel.

Es ist charakteristisch, daß die Heimwehrbewegung, die ihre hochverräterischen Absichten nie geleugnet hat, unter der ausdrücklichen Patronanz der Regierung steht. Die höchsten Würdenträger der Republik sind die erklärten Feinde des Volksstaates. Die dynastischen Interessen der Heimwehr sind unverkennbar, doch herrschen mehr faschistische Strömungen vor. Die österreichische Reaktion hat vom italienischen Faschismus erlernen gelernt, daß die Gewerkschaften die mächtigste Stütze der Arbeiterchaft bilden, daß die Gewalt des Proletariats in seinen wirtschaftlichen Kampforganisationen besteht. Gegen sie richtet sich vor allem der Angriff der Arbeiterfeinde.

Das Streikrecht war es seit jeher, das den Bürgerlichen am gefährlichsten schien. Mit unerbittlicher Behemung ist nun die Reaktion bemüht, den Gewerkschaften Schlappen beizubringen, Streiks niederzuringeln, auf jede Weise die Schlagkraft der Organisationen zu lähmen. In Graz traten vor etwa zwei Wochen die Straßenbahnbediensteten wegen nichtbewilligter Lohnforderungen in den Ausstand. Geschloffen folgten die Genossen der Streikparade, die christlich-deutsche Verkehrsgewerkschaft ignorierte jedoch die Beschlüsse der sozialdemokratischen Majorität und, mit Unternehmerrgeld bestochen, blieben sie bei der Arbeit. Klarer hat sich noch niemals eine gelbe Gewerkschaft für den Verrat der kämpfenden Kameraden ausgesprochen. Der Unternehmer, ein christlichsozialer Scharfmacher, drohte und sperrte schließlich alle Streikenden vom Betrieb aus. Und ging zur Heimwehr — wohin sonst? — um Streikbrecher, die er an Stelle der Entlassenen anstellte. Die Polizei beschirmte diese Schusterrei, indem sie jedem dieser ehrlosen Halunken einen Schutzmann beistellte. Der Streik ist niedergebrosen, über 100 Genossen sind erwerbslos geworden, der Betrieb ist von Streikbrechern ausgefüllt, die den Dienst gar nicht verlernen können und täglich Unfälle verursachen. Es ist eine Gefahr, in Graz mit der Straßenbahn zu fahren, aber die Unternehmer beugen sich nicht. Die Regierung hat ihnen ihre Anerkennung ausgesprochen.

Ein anderer Zwischenfall. In einem Wiener Nobelcafé, Ringstraßenfront, traten die Kellner in Streik. Die Besten in tut das Gleiche wie die Grazer Tramwaygesellschaft, sie geht zur Heimwehr und am nächsten Tag arbeiten dort Leute aus den Kaders der faschistischen Reaktion. Die Protestkundgebungen der Arbeiterchaft werden mit Gummiknütteln auseinandergesagt, Zehner mobilisiert eine ganze Armee von ausgerüsteten Ordnungsbestien gegen die Arbeiter, die ihr Recht fordern. Demonstrativ erscheinen christlichsoziale Nationalräte am Kriegsschauplatz und sprechen dem „unbeugsamen“ Unternehmer ihre Bewunderung aus. Ueberall die gleichen Erscheinungen.

Am Burgenland streifen die Arbeiter einer Fabrik, der Unternehmer wird lähnt. Er droht: wenn binnen 48 Stunden die Arbeit nicht aufgenommen wird, werde die Heimwehr den Betrieb besetzen. Eine direkte Erpressung! Diese Vorfälle sind nicht etwa bloß Einzelercheinungen, Zufallserscheinungen, sie sind symptomatisch für die gegenwärtige Kampfstimmung innerhalb der österreichischen Bourgeoisie. In Steiermark, dem Eldorado des faschistischen Terrors, sind derartige Dinge Alltagslichkeit. Man entläßt Werksarbeiter nur deshalb, weil sie nicht Mitglieder der Heimwehr werden wollen, oder weil sie mutig ihre sozialistische Bestimmung zum Ausdruck gebracht haben. Das Streikrecht soll verschwinden.

Diese Zwischenfälle sind die einleitenden Präliminarien zu einem schweren parlamentarischen Kampf, den Seipel in Unkenntnis proletarischer Kraft provoziert hat. Er kann der Gefolgschaft des Großkapitals, das in skrupelloser Weise die Heimwehr mit Unsummen füttert, sicher sein. Er wird sich aber täuschen, wenn er meint, daß sich die Arbeiterchaft ihre Rechte entreißen lassen wird.

Vor einigen Tagen fanden die Personalvertretungswahlen im Heer statt. Der bürgerliche „Wehrbund“, eine Gründung des Monarchisten-Kingels rings um den Decresminister, hat „Er-

folge errungen“. Wie war dies möglich? Er hat durch eine schamlose Wahlgeometrie, durch Verletzungen, Entlassungen, Pensionierungen und Neuaufnahmen von Jungmannern, die sich mit Leumundsnoten vom Pfarrer legitimieren müssen, einige Mandate gewonnen. Die Wehrmacht, militärisch vollkommen wertlos und lächerlich, soll ein Instrument gegen die Arbeiterklasse werden. Die Soldaten Baugöns werden niemals einen Krieg gewinnen, wohl aber werden sie, wenn es Seipel befehlen sollte, auf die Arbeiter schießen.

Die österreichische Reaktion ist fieberhaft tätig. Sie ist aktiv geworden nach einem Jahrzehnt der Impotenz. Neben einer Zertrümmerung der Gewerkschaften soll eine reißlose Durchseuchung der Bevölkerung mit antimarkistischen „Ideen“ erfolgen. Die Atmosphäre im bürgerlichen Lager ist geschwängert mit Bürgerkriegs-enthusiasmus. Das provinzielle Mittelmaß führt Mussolinis Phrasen im Mund, die Bramarbasche aus der Umgebung des Dünghausens drohen mit der Faust, ohne zu fühlen, wie lächerlich sie sich in ihrem Selbstopathos ausnehmen. Der blamable Mißerfolg vom 7. Oktober hat sie nicht

eingeschüchert. Hysterische Wut beherrscht sie über die mißlungenen Terrorposen. In ihren Nestern draußen in Steiermark und Tirol fühlen sie sich als Herren, sie werden kleinlauter werden, wenn sie sich Wien nähern sollten. Sehr kleinlaut, wenn sie die Türme der sozialistischen Metropole auftragen sehen werden.

Die Sozialdemokratie hat eine allgemeine Entwaffnung beantragt. Seipel forderte provokant als Gegenleistung die Abschaffung des Streikrechtes. Er ist der Pol der faschistischen Bestrebungen, eine allgemeine Entgiftung der Terrorphäre wird nur über seine Demission gehen können. Er ist das Hemmnis, er ist der gefährlichste Hysteriker, den je ein Kanzlerstuhl getragen hat.

Die österreichische Reaktion feiert Orgien der Selbstüberschätzung. Hinter ihr steht jedoch nur ein Bruchteil der bürgerlichen Bevölkerung, der übrige Teil will den Frieden und produktive politische Arbeit und lehnt die Terrordrohungen der bewaffneten faschistischen Banden ab. Die Arbeiterchaft wird jeden Angriff auf ihre Grundrechte energisch abzuweisen wissen. Der Walpurgisnacht des bürgerlichen Nachwahns wird bald ein Dämmern mit Schreden folgen...

Verbot unserer Wahlplakate!

Behördliche Wahlhilfe für den Bürgerblod!

Vor uns liegt folgende Entscheidung:

Policejni komisařtvi v Usti n. L.
Zl. 30546.

Herrn A. S. in
Aussig, Dresdnerstraße 25.

Am 30. 10. 1928 haben Sie für die Deutsche sozialdem. Arbeiterpartei, Bezirksorganisation Aussig, angelehnt, im Polizeirayone Aussig folgende Plakate auf Grund des § 23 Preßgesetzes affizieren zu dürfen:

1. Mit der Aufschrift: „Stürzt den Bürgerblod“. „Weg mit den Provokateuren und Volksverrättern!“ Die Abbildung veranschaulicht einen Arbeiter, der mit den Händen einen Priester im Priestergewand und einen Landwirt von einer Wahlurne besetztigt.
2. Mit der Aufschrift: „Den verdienten Fußtritt den Feinden der sozialen Fürsorge, den Erwürgern der Gemeinden und Bezirke, den Schöpfern der Verwaltungsreform!“ Die Abbildung veranschaulicht einen auf der Landkarte der Tschechoslowakischen Republik stehenden Arbeiter, der in eine als „Bürgerblod“ bezeichnete Gestalt mit dem Fuße tritt.
3. Mit der Aufschrift: „Weg mit den Verteilern der Lebensmittel!“ Die Abbildung veranschaulicht einen Priester, einen Zuckerbaron und einen Bürger, die vor einer Arbeiterfamilie einen Korb mit Brot, Fleisch und Zucker in die Höhe ziehen.
4. Mit der Aufschrift: „Verschlagung der Selbstverwaltung! Vernichtung der sozialen Fürsorge! Das sind die Taten des Bürgerblodes.“ Die Abbildung veranschaulicht eine Gestalt im Priestergewande, bezeichnet als „Bürgerblod“ im Zylinder und mit Säbel, mit Abzeichen eines Geldsacks und eines Paragraphen, die mit einer Fackel, bezeichnet als „Gemeindefinanzgesetz“ eine Häusergruppe bezeichnet als „Autonome Gemeinde“ (Jugendfürsorge, Kinderfürsorge, Freibad, Spital, Gemeindefschule) zerschant.

Das Polizeikommissariat in Aussig entspricht nicht ihrem Ansuchen und verweigert eine Bewilligung im Sinne des § 23 des Preßgesetzes vom 17. 12. 1862 N.W. Nr. 483 zum öffentlichen Verbreiten von allen oben beschriebenen Plakaten aus Gründen der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu erteilen.

Gegen diesen Bescheid steht die Berufung, der aber die ausschließende Wirkung nicht anerkannt wird, an die Politische Landesverwaltung in Prag offen. Derselbe mühte binnen 14 Tagen nach Zustellung dieses Bescheides beim Polizeikommissariate in Aussig eingebracht werden.

Der Leiter des Polizeikommissariates:
Unterschrift unleserlich.

Es wiederholt sich also dasselbe Spiel, welches wir schon bei den letzten Gemeindevahlen beobachten konnten: die politischen Behörden verbieten der sozialdemokratischen Partei die Wahlplakate und erschweren die Wahlagitiation um den Regierungsparteien zu helfen. Die Wähler werden darauf die richtige Antwort geben müssen!

Die Labourparthy bei den Gemeindevahlen siegreich.

Hauptsächlich auf Kosten der Konservativen. — Katastrophe für die Kommunisten.

Berlin, 2. November. (Eigenbericht.) Nach dem endgültigen Ergebnis der Gemeindevahlen in England und Wales hat die Arbeiterpartei einen glänzenden Wahlerfolg errungen; sie hat (ohne London) nicht weniger als 130 Mandate (ohne erobert und nur 19 verloren, so daß sie also nicht weniger als 111 Mandate gewinnt; alle anderen Parteien erleiden größere Verluste, namentlich die Konservativen, die 80 Sitze einbüßten und nur 15 neu gewinnen, während die unabhängigen Kandidaten ein Minus von 31 Mandaten aufweisen. Die Wahlziffern von London sind noch nicht genau bekannt; doch steht auch hier bereits für die Arbeiterpartei ein Gewinn von 68 Sitzen fest, während die Konservativen 51 und die Liberalen 10 Sitze eingebüßt haben.

Für die Kommunisten bedeuten die Wahlen eine wahre Katastrophe. Soweit bisher bekannt ist, wurde in England und Wales kein einziger kommunistischer Kandidat gewählt.

Die Wahlen werden trotz ihres vielfach lokalen Charakters allgemein als Generalprobe für die kommenden Parlamentswahlen gewertet und berechtigen die Arbeiterpartei, die als alleinige Siegerin erscheint, zu den besten Hoffnungen.

Sieg der extremen Mazedonier.

Sofia, 2. November. In dem Kampfe der beiden einander feindlich gegenüberstehenden Lager der mazedonischen Revolutionäre ist eine bedeutende Verschiebung der Kräfte eingetreten. Einige, unter Führung des Wojwoden Skartow stehende Wojwoden der Richtung Protogerow haben eine Erklärung unterfertigt, in welcher sie sich verpflichten, den Kampf gegen Michajlow einzustellen und einzuweisen jedwede Tätigkeit in der „mazedonischen inneren revolutionären Organisation“ (O.N.M.) aufzugeben. Dies bedeutet einen vollen Sieg der extremen terroristischen Richtung Michajlows, welcher auf diese Weise der unbestrittene Führer der inneren revolutionären Organisation wird.

Vom Rundfunk.

Empfehlenswertes aus den Programmen.
Sonntag.

Prag: 12.00-13.00 (Sendung nach Wien und Karlsburg) Musik der tschechoslowakischen Volksmusikanten. 13.00 Deutsche Sendung: Wetterbericht und Tagesneuigkeiten. Hierauf die Schul-Gesänge, Mithras des Deutschen Landeshauptmanns in Prag: „Nien“, 19.00-22.00 (Sendung nach Wien und Karlsburg) Übertragung aus dem Nationaltheater in Prag: „Ramon“ Oper von G. Verdi. — Brunn: 16.00 Übertragung aus dem Nationaltheater in Brunn: „Sumpfbisches Mönch“, 16.30-17.30 (Sendung nach Prag) Mittagssender, 18.00 Deutsche Sendung: Gertrud C. Wien, Cyprienlangerin, August Schmidt, Konradlanger, Wien und Lieber. — Wroclaw: 17.30-18.30 Konzert des Sinfonieorchesters. — Taurin: 22.00 Sommermusik. — Venedig: 18.30 Orchesterkonzert, 18.45-19.15 Kamale von Pado, 21.00 Orchesterkonzert. — Paris: 13.45 und 21.30 Konzerte. — Berlin: 10.30 Tr. Wehr: Die Bedeutung des Sumpfbisches Mönch für das Reich. 21.00 Kamale aus Sibirien, Sibirien von Hans Weimann, 21.30 Konzert für Horn und Orchester. — Königs- walden: 19.00-19.30 Tr. Gellin-Roh: Das Inselglocke von meinen Meisen, 20.00 Westfälische Volkslieder, 1. Gellinbauer. — Stuttgart: 16.00 Kamale Kamale, — Leipzig: 18.00 Kamale Kamale, 19.30 Kamale Kamale, 21.00 Kamale Kamale. — Dresden: 18.00 Kamale, 19.25 Die Abrennabriebe von einm und zwei. 19.50 Kamale zur Zellerstraße. — München: 20.00 Populäre Kamale. — Hamburg: 16.10 Das bunte Oratorium von Felix Mendelssohn, 19.30 Kamale Kamale für Zellerstraße. — Zanzibar: 16.30-19.30 Kamale Kamale. Die Kamale, 20.00 Kamale Kamale. — Kanton: 10.45 Kamale, 20.10 Kamale Kamale Kamale. — Frankfurt: 17.00-18.30 Kamale, 19.30 Kamale Kamale. — Wien: 19.00 Kamale, 20.10 „Der Gellin“, Kamale Kamale. — Zürich: 11.00, 12.30 Kamale, 21.00 Kamale Kamale, 21.00 Kamale Kamale. — Regensburg: 15.30 Kamale Kamale, 21.45 Kamale Kamale Kamale. — Köln: 21.30 Kamale Kamale. — Silberjarm: 20.30 Kamale Kamale. — Agron: 20.00 Übertragung einer Oper. — Wroclaw: 15.15-17.30 Kamale der Kamale Kamale Kamale, 18.00-19.00 Populäre Kamale.

Der Kampf im Ruhrgebiet.

Deutschnationale Pressehefte gegen die Arbeiterchaft.

Berlin, 2. November. (Eigenbericht.) Die großen Werke der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie liegen jetzt völlig still. Als die Arbeiter heute über Weisung der Gewerkschaften vor den einzelnen Fabriken erschienen, um die Arbeit aufzunehmen und so die Aussperrung zu ignorieren, fanden sie keinen Einlaß. Die Werke haben die Feuerung gelöscht; auch Notstandsarbeiten sollen nicht verrichtet werden. Zwischenfälle haben sich keine ereignet. In großen Versammlungen haben die Arbeiter zu dem Kampf Stellung genommen und die Haltung der Gewerkschaftsleitung genehmigt.

Die kommunistische Presse versucht zwar, im Trüben zu fischen und den Gewerkschaften in den Rücken zu fallen; ihr Einfluß ist aber so gering, daß die von ihnen martierte Opposition kaum bemerkbar macht. Die sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion Bochums hat an die sozialdemokratischen Fraktionen in den Städten und Gemeinden des Industriegebietes das Ersuchen gerichtet, zur Unterstützung der Aussperrten und ihrer Familien entsprechende Schritte zu unternehmen.

Bemerkenswert ist es, daß auch die christlichen Gewerkschaften sich dem Standpunkt der unter sozialdemokratischer Leitung stehenden freigewerkschaftlichen Gewerkschaften völlig anschließen; ihr Verbandsorgan führt gegen die Unternehmer eine sehr scharfe Sprache.

Die deutschnationale Presse stellt sich natürlich auf die Seite der Unternehmer und schimpft auf die angeblich maßlosen Forderungen der Gewerkschaften.

Diese Haltung dürfte nicht ohne Folgen bleiben, denn den Deutschnationalen gehört auch ein Teil der christlichen Gewerkschaften an, die an dem Kampf im Westen beteiligt sind.

Während bei den Arbeitern Einmütigkeit herrscht, begegnet die Aussperrung in Unternehmerrkreisen heftige Kritik. Die Leitung des Kampfes hat Generaldirektor Neusch von der „Gute Hoffnung“ Hülfe an sich gerissen, der den Deutschnationalen nahesteht. Gegen ihn und seine Gruppe wenden sich andere Unternehmerkreise, die darauf verweisen, daß das Kampfobjekt mit etwa dreißig Millionen Mark jährlich in keinem Verhältnis zu den schweren Schäden der Aussperrung stehe.

Republikfeier in Oesterreich.

Wien, 2. November. (Eigenbericht.) Die sozialdemokratische Parteivertretung erläßt morgen einen Aufruf zu großen Feiern am 12. November. Es wird darauf verwiesen, daß am 12. November zum zehntenmal der Tag sich jährt, an dem die provisorische Nationalversammlung unter dem drohenden Druck der revolutionären Arbeiter und Soldaten das Haus Habsburg des Thrones entsetzte, die Republik und den Anschluß an Deutschland proklamiert hat. In einer Zeit, in der die kapitalistische Bourgeoisie, vor 10 Jahren geschlagen, ihre Herrschaft in der Republik befestigt hat u. die Republik zu einem Polizeistaat des Kapitalismus zu entwidrigen sucht, müssen die Arbeiter ihren entschloffenen Willen betonen, die Republik zu verteidigen, gegen die monarchistische Restauration, gegen jede faschistische Gewalt. Die Kundgebung verweist dann noch darauf, daß am 12. November die Wiener Arbeiter auf der Ringstraße die Denkmäler in ihre Obhut nehmen werden, welche die Partei und die Gewerkschaften ihren toten Vorkämpfern gesetzt haben. Viktor Adler, Ferdinand Sauerlich, dem Schöpfer der sozialen Gesetzgebung, Jakob Reumann, dem ersten Bürgermeister des roten Wien. Die Kundgebung schließt mit den Worten: „Die Republik war unser, unser wird sie werden. Nie wieder Habsburg! Nie wieder Faschismus! Hände weg von den Erwerbungschaften der Arbeiterklasse! Es lebe die Republik!“

Tagesneuigkeiten.

Ihr Ruf, Herr Zensur!

Ein Redakteur unseres Blattes erhielt von der Redaktion eines reichsdeutschen sozialdemokratischen Organs den folgenden Brief, der das Erstaunen der reichsdeutschen Öffentlichkeit über die Konfiskation unserer Parteiblätter am Sonntag widerspiegelt:

Werter Genosse!

Wir haben die durch die Zensur schrecklich verstümmelte Nummer des Zentralorgans der Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei anlässlich des Staatsfeiertages erhalten. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns über diese Tatsache einen Bericht schicken würden, besonders uns hier in Deutschland erläutern würden, wie es überhaupt kommt, daß in der Tschechoslowakei noch Zensur besteht. Ist denn in Prag Ausnahmezustand oder gibt es in der Tschechoslowakei die Möglichkeit zur Zensur auch ohne Ausnahmezustand?

Mit freundlichen Grüßen!
Redaktion d.

Ausnahmestatus? Woher denn! Das jenseits der Grenzen so aussieht, ist hier durchaus der Normalzustand. Ze ano, pane ministré Máhr-Parting? Wir wissen schon, „wie es kommt“ . . . !

Staatsanwalt und Arbeitermädchen.

In einem Tanzlokal in Gotha bot ein Motorradfahrer einem Mädchen an, er wolle es nach Hause fahren. Sie nahm an unter der Bedingung, daß er sie wirklich direkt nach Hause fahre. Statt dessen fuhr der Mann sie in entgegengelegter Richtung aus der Stadt heraus. Sie forderte ihn auf, zu halten, drohte abzuspringen, sprang schließlich wirklich ab und verletzte sich erheblich. Sie stellte nun Strafantrag wegen fahrlässiger Körperverletzung und Freiheitsberaubung. Darauf erhielt sie von der Oberstaatsanwaltschaft in Gotha das folgende Schreiben:

„Das Verfahren auf Ihre Anzeige gegen den Kraftfahrer E. R. in B. habe ich eingestellt. Dem Beschuldigten R. ist ein Verstoß nicht nachzuweisen. Es ist bekannt, daß junge Mädchen, die sich in Gotha abends mit dem Motorrad nach Hause fahren lassen, als selbstverständlich erwarten, daß erst zu gewissen Zwecken („Verzspanne“) ein Umweg gemacht wird. Wenn Sie zur angegebenen Zeit am Motorrad warteten, durfte R. ohne weiteres voraussetzen, daß er erst nach den bekannten Umweg machen dürfte. Dabei konnte er auch nicht annehmen, daß Sie unterwegs ernsthaft das Abspringen vom Rode vorhattent. Soweit Körperverletzung in Frage kommt, sind nur Sie selbst schuld daran gewesen. Freiheitsberaubung liegt nicht vor, weil R. unter den gegebenen Verhältnissen das Einverständnis mit dem Umweg voraussetzen durfte.“

Dieser Staatsanwalt kann sich wahrhaftig leben lassen! Wäre es in diesem Falle zu einer Vergewaltigung gekommen, so hätte er wahrscheinlich auch konstruiert, daß der Motorradfahrer die Einwilligung voraussetzen durfte. Aber es war ja nur ein Arbeitermädchen, und der Herr Staatsanwalt glaubt eben, Arbeitermädchen seien freiwillig für Mädchenjäger wie für staatsanwaltschaftliche Beschimpfungen. Wenn ich die Tochter eines Staatsanwaltes in im Auto nach Hause fahren läßt, denkt natürlich niemand daran, daß sie stillschweigend eine „Verzspanne“ erwartet. Aber ein Arbeitermädchen auf dem Sozius! — Da nimmt solch ein Staatsanwalt die Partei des Angreifers!

Bernhard Shaw, die Tschechoslowakei und Ungarn.

Wir lesen in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“: Nachdem es den Prügelfreudigen in Budapest so gut gelungen ist, den jüdischen Studenten den Zutritt zu den ungarischen Hochschulen zu verweigern, ist schon ein neues vaterländisches Unternehmen im Werden. Bernhard Shaw, der große englische Dramatiker, der ja auch in manchen andern Dingen nicht ganz die Anschauungen des Feinlingskönigs Lord Rothschild teilt — zuweilen teilt er ja nicht einmal seine eigenen Auffassungen —, hat an den tschechischen Dichter Capel ein Schreiben gerichtet, in dem er sagte, er möchte lieber ein Magyare unter tschechoslowakischer Herrschaft als ein Tschechoslowake unter magyarischer Herrschaft sein. Das ist Geschmacksache, und man könnte sagen, Shaw hat es leicht, da er ein freier und gefeierter irischer Dichter in England und in der ganzen Welt ist, sich dem Gedankenpiel hinzugeben, was er noch sein wollte. Es wäre auch verständlich, wenn angesichts des eben jetzt einsetzenden Jubiläumskampfs der tschechischen Zensur gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und nationale Minderheiten jemand sich ein andres Wahlvaterland wählen möchte als die von der Reaktion so verhasste alte Tschechoslowakische Republik. Dies wäre eine angemessene Antwort auf Shaws einseitige Kritik. Die magyarischen Nationalisten verstehen aber in diesen Dingen keinen Spaß, und statt sich über die Anerkennung des Dichters lustig zu machen, schwingt man zwar nicht gegen eine Person, die ihnen unerschütterlich ist, wohl aber gegen seine Stücke, den wichtigen Horváth-Knäuel. Shaws Stücke sollen auf den Index gesetzt und in keinem un-

Blutige Straßenkämpfe in Lemberg.

Zwischen Ukrainern und Polen anlässlich der Jubiläumsfeierlichkeiten. — Revolver und Dynamit. — Ueber 20 Verletzte.

Lemberg, 2. November. Gelegentlich der Feier, welche die Polen am 1. November als dem zehnten Jahrestage der Rückeroberung der Stadt aus den ukrainischen Händen veranstalteten, kam es in den späten Abend- und Nachtstunden zu blutigen Zusammenstößen zwischen polnischen Manifestanten und Ukrainern. Die letzteren veranstalteten in dem Gebäude der Jur-Kathedrale eine geheime Versammlung. Die Polizei, welche zwecks Auflösung derselben erschien, wurde von den Ukrainern mit

Revolvergeschüssen und Steinwürfen empfangen.

Die Ukrainer versuchten auch auf dem Platz vor der Kathedrale eine Kundgebung zu veranstalten. Der Polizeidirektor entsandte sofort an den Ort der Ausschreitungen eine Eskadron berittener Polizei, welche die Demonstranten zerstreute. Die Polizei säuberte den Platz von den Ukrainern, wobei es zu Zusammenstößen kam und einige ukrainische Demonstranten und ein Polizeifunktionär verletzt wurde.

Eine Gruppe von polnischen Hochschülern zog auf die Nachtlicht von den Vorgängen vor der

garischen Theater gespielt werden, es sei denn unter dem Schlägern von Stinkbomben und der Verpöbelung der Zuschauer. Da die Parole zum Boykott von der „kleinen, aber mächtigen Gruppe“ der unentwegten Fortschrittler ausgegeben wurde, ist es kaum zu bezweifeln, daß sie auch von Erfolg begleitet sein und daß Shaw in Ungarn unter das literarische Nummern-Klausur-Gesetz fallen wird. Schon vor einiger Zeit hat das Armeekorpskommando befohlen, daß Shaws „Sölden“ von dem Spielplan abgesetzt werde, „jeht sollen auch keine andern Stücke aus dem Spielplan gestrichen werden. Seinem Ruhm wird das gewiß weniger schaden als dem Spielplan der ungarischen Theater, und das wird ihn veranlassen, seine gegenüber Capel geäußerte Meinung dahin abzuändern, daß eigentlich das Unangenehme, was einem Zeitgenossen politisch passieren kann, darin besteht, ein ungarischer Staatsbürger unter ungarischer Herrschaft zu sein . . .“

Die Affäre im Bisteter Kreisgericht.

Verpäteter amtlicher Bericht.

Bisetz, 2. November. Heute wurde folgende amtliche Meldung herausgegeben: Der Inspektor des Kreisgerichtsgefängnisses in Bisetz Rudolf Polensky wurde von Marie Lepeska beschuldigt, mit ihr ein Liebesverhältnis unterhalten zu haben. Auf Grund dieser Angaben wurde Polensky in Haft genommen.

Polensky, der im vorigen Jahre aus Neutra hierher verlegt wurde und 28 Dienstjahre hat, ist des Verbrechens des Mißbrauchs der Amtsgewalt und des Verbrechens der Veruntreuung amtlicher Gelder im Betrage von 3000 Kronen angeklagt.

Verlinfahrt des „Graf Zeppelin“.

Friedrichshafen, 2. November. Wie verlautet, ist unter der Voraussetzung nicht ungünstiger Wetterverhältnisse beabsichtigt, daß „Graf Zeppelin“ in der Nacht vom Sonntag zum Montag aufsteigt und kurz nach Mittag in Berlin eintrifft.

Der Dyanverkehr rentabel?

New York, 2. November. „Washington Post“ erklärt in einem Leitartikel zum Transoceanflug: „Graf Zeppelin“ wird der Vater einer großen Flotte ähnlicher Luftschiffe werden. Das Prinzip des Starrsystems hat sich glänzend bewährt, nur müssen, wie Dr. Eckener sagt, Geldleute einpringen und seinen Plan verwirklichen. Diese Rundreise des „Graf Zeppelin“ zeigt uns, daß sich Luftschiffahrt, selbst wenn der Reis der Reueheit dieser Art des Transportes abgeschwächt sein wird, rentieren und daß sich vor allem, stets genügend Passagiere und Postaufträge finden werden, um den Ueberfließung zu einem guten Geschäft zu machen.

Albanisches Vandalentum.

Belgrad, 2. November. Wie aus Restüb gemeldet wird, drang gestern abends eine albanische Bande in das Dorf Bogosevo unweit von Prizrend ein, tötete den dortigen Lehrer Joksimovic, dessen Diener und zwei Bauern. Die Bande flüchtete hierauf wieder nach Albanien.

Gasometerexplosion bei einem Erdbeben.

Los Angeles, 2. November. Die wenigen spärlichen Nachrichten, die trotz der Zerstörung der Verbindungen über Erdstöße in Lompoc im Bezirk Santa Barbara einlaufen, besagen u. a., daß gleich nach dem Erdbeben, dessen erster Stoß um 9 Uhr 45 abends örtlicher Zeit und dessen zweiter um 11 Uhr 05 einsetzte, der Gasometer des Ortes explodierte. Durch den Luftdruck der Explosion wurden einige Gebäude beschädigt. So weit sich jetzt übersehen läßt, wurde niemand verletzt. Lompoc hat etwa 2000 Einwohner.

Jur-Kathedrale vor das Gebäude des ukrainischen „Akademischen Hauses“, wo es zu schweren Zusammenstößen zwischen polnischen und ukrainischen Hochschülern

kam. Von beiden Seiten fielen Revolvergeschüsse. Die Ukrainer schossen aus den Fenstern des akademischen Gebäudes gegen die polnischen Hochschüler. Bis 12 Uhr nachts wurden von der Rettungsgesellschaft über 20 Verletzte ins Krankenhaus geschafft.

In den späten Nachtstunden schloß sich Straßenpöbel zusammen, der die Druckerei und die Redaktion des ukrainischen Blattes „Dilo“, sowie die Büros und die Geschäftsräume des ukrainischen Konsumvereines „Massozjns“ demolierte.

Nach Mitternacht wurde von den Ukrainern ein Dynamitanschlag gegen das Denkmal der polnischen Verteidiger Lembergs verübt. Durch die Explosion der Dynamitpatrone wurde das Denkmal schwer beschädigt. Die Polizei, die die ganze Nacht hindurch mit der Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung beschäftigt war, verhaftete zahlreiche Urheber der Schikerei.

17 Arbeiter verschüttet.

Kairo, 2. November. In den Steinbrüchen von Mofattam beschäftigte Arbeiter wurden durch plötzlich sich loslösende Gesteinsmassen verschüttet. Bis jetzt wurden drei Tote sowie drei noch lebende Arbeiter geborgen, während elf noch unter dem Schutt begraben liegen.

Der Kreis Wies gibt ein Beispiel. Die „Zukunft“ kann erfreulicherweise feststellen, daß schon das vorläufige Ergebnis der freiwilligen Wahlfondsspenden im Kreis Wies überaus günstig ist. Zum Beispiel hat die kleine Bezirksorganisation Neuern bereits annähernd 5005 Kronen gesammelt. Fast einhunderttausend Kronen stammen aus den freiwillig abgeführten Spendenbüchern der Arbeiterchaft der Firma Geßlein. Auch die Arbeiterinnen der Wälschfabrik Hof u. Löwenstein führten einen Teil ihres Verdienstes ab. In dem Böhmerwaldort Sammern wurden über 500 Kronen gesammelt. 300 Kronen stammen allein von der dortigen kleinen Ortsgruppe des Fabrikarbeiterverbandes. Auch in anderen Bezirken hat die Arbeiterschaft ganzer Betriebe sich bereit erklärt, den Wahlfonds durch außerordentliche Leistungen zu stärken. Die Bezirksorganisation Luchlau hat bisher 2000 Kronen gesammelt. Die sozialdemokratischen Angestellten aller Arbeiterbetriebe und -Institute von Wies führen einen Tagesverdienst zugunsten des Wahlfonds ab.

Klerikale Kaffeekonferenzen für die Armee. Wie das „Pravo Wbu“ berichtet, soll es zu großen Unterschleifen bei Lieferungen von Kaffeekonferenzen für das Ministerium für Nationalverteidigung gekommen sein. Dieser Unterschleife soll sich ein Unternehmen der tschechischen Klerikalen Partei schuldig gemacht haben, welches seinerzeit von der Mährisch-schlesischen Bank in Olmütz gegründet wurde. Vorsitzender dieser Bank war — die Bank ist jetzt in der Mährischen Bank aufgegangen — Senator Dr. Gruban, der Vorsitzende des Senates und einer der Führer der Klerikalen Partei. Die Bank hat eine Zehorienfabrik eingerichtet, aber das Unternehmen ging schlecht und durch Kaffeekonferenzlieferungen an die Armee sollte es saniert werden. Es handelt sich hierbei um die Lieferung von 45 Millionen Stück Konferenzen, wozu das Nationalverteidigungsministerium den Juder lieferte. Statt nun den Juder in den Kaffee zu geben, soll ein Teil davon verkauft worden sein. Es ist dies nach derselben Methode gemacht worden, wie die Lieferanten des k. u. k. Kriegsministeriums in Wien während des Krieges verfahren sind.

Reise von Obergeorgenthal nach Prag in 13 Tagen! Fährt man mit dem Personenzug nach Prag, so vergehen einige kostbare Stunden. Aber schickt man heute, wo doch die Republik schon ihren 10. Geburtstag gefeiert hat, einen Brief mit der Post, so braucht dieser volle 13 Tage von Obergeorgenthal nach Prag. So ein gutes Gemüt wie dieser Brief wird wohl niemand haben, eine solche Schlamperie mitzuerleben. Der Fehler liegt in der Postbeförderung, was doch schon eine altbekannte Tatsache ist. Die heutige Post dient ja nicht mehr zur schnellen Beförderung, in ihr ist schon völlig der Schimmel eingelagert. Aber beschwert man sich noch bei so einer Behörde, so bekommt man unthöliche Antworten noch als Rückvergütung. Schöne Errungenschaften des zehnjährigen Bestandes und noch schönere des 20. Jahrhunderts!

Todesurteil in Preshburg. Im Prozesse gegen die Raubmörder Vognar und Komplizen, die am 30. März 1927 in der Wirtschaftsbank in Bessa Bytka 100.000 K stahlen und bei dieser Gelegenheit den Bankdirektor Gajdasi ermordeten, wurde gestern um 19.30 Uhr vom Geschworenengericht in Preshburg das Urteil verkündet. Der Hauptangeklagte Julius Vognar wurde zum Tode durch den Strang, sein Komplize Julius Markl zu lebenslänglichem schwerem Kerker verurteilt. Die Verteidiger der Angeklagten brachten die Nichtigkeitsbeschwerde ein.

Kongress der polnischen Sozialisten.

Katowitz, 2. November. Die meritorischen Beratungen des allgemeinen Kongresses der polnischen Sozialisten in Sosnowitz wurden heute fortgesetzt. Den Kongress begrüßte im Namen der tschechoslowakischen Sozialdemokraten Prof. Dr. im Namen der deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei Pohl, für die Internationale Arbeiter, ferner die sozialistischen Parteien Deutschlands, Dänemarks, Litauens usw. Abgeordneter Baricki legte einen Bericht über die politische Lage vor und begründete die Opposition der sozialistischen Partei gegenüber der Regierung. Der Redner erklärte, daß die sozialistische Partei die Aenderung des gegenwärtigen Regierungssystems fordere, welches nach Ansicht der sozialistischen Partei gegen die Demokratie und den Parlamentarismus gerichtet sei. Der Bericht gab Anlaß zu einer lebhaften Debatte, in welcher seitens verschiedener Redner die Stellungnahme der sozialistischen Partei zur Regierung besprochen wurde.

Einem tödlichen Unfall ist der ordentliche Professor der Königsberger Universität Dr. Wilhelm Böhm zum Opfer gefallen. Dr. Böhm hatte sich Donnerstag auf das Versuchsgut der Universität begeben. Am Nachmittag wurde er von dem Administrator in einer Grabenböschung tot aufgefunden. Offenbar hatte Professor Böhm den Graben überpringen wollen, wobei sich sein Gewehr entlud. Die Schrotladung war dem Professor in den Kopf gedrungen.

Einbrecherpech. „Petit Parisien“ meldet aus Nizza, daß der tschechoslowakische Staatsangehörige Robert Chrobak bei dem Versuch, des Nachts in ein Hotel einzubrechen, verhaftet wurde. Verraten wurde Chrobak durch eine Geldmünze, die aus dem Tisch gefallen war, dem er ein Perlenhalsband entnahm. Durch das kleine Geräusch wurde eine in dem Zimmer schlafende Dame geweckt, die Alarm schlug und die Hotelbedienten herbeirief.

Ein Dorf-Don-Juan, der seine Familie ausrötet. Der oberste Verunfallenerat in Budapest beschäftigte das Todesurteil gegen den Hochbindermeister Paul Ferenczy, der seine ganze Familie, seine Frau und drei Kinder, ausgerötet hatte, nur damit er ungehindert seinen Liebesabenteuern leben könne. Ferenczy war ein wohlhabender Gewerbetreibender in der Weinregion von Ungarn und verbrachte seine freie Zeit mit Reisen, meistens nach Budapest, wo er Liebesabenteuern nachging. Seine Eroberungen machte er immer, indem er die Ehe versprach. Eine seiner Flammen kam aber darauf, daß er schon verheiratet war und forderte von ihm, daß er sich von der Frau scheiden lasse. Da kehrte Ferenczy heim und am nächsten Tage war seine Familie richtig verschwunden. Er erzählte überall, daß er seine Frau mit den drei Kindern bei Verwandten untergebracht habe. Die Gendarmerie schöpfte aber Verdacht, forschte nach und es wurde festgestellt, auf welcher unmenschliche Art der Dorf-Don-Juan sich seiner Familie entledigt hatte. Er hatte zwei Kinder, drei und vier Jahre alt, in den Wald geführt und dort ermordet und begraben, dann war er nach Hause gegangen, hatte seine Frau und den einjährigen Säugling erdrosselt und die Leichen ebenfalls verscharrt.

Polnische Gutsbeamten morden drei Arbeiter. Ein empörender Vorfall ereignete sich auf dem Gute des Grafen Jamoska in Libio in Polen. Die ausgebeuteten, verelendeten Landarbeiter des Grafen griffen dort in ihrer Verzweiflung zum Streik. Daraufhin ordnete der Graf ihre sofortige Entfernung aus den arbeitslosen Landarbeiterkreisen an und die dienstfertigen Gutsbeamten gaben sich dazu her, die Gendarmerie zu dieser grausamen Massendelogeierung zu rufen. Dabei kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen den Arbeitern und der Gendarmerie, sowie den Beamten des Gutsverwaltung. Die Gutsbeamten schossen auf die Arbeiter und töteten drei von ihnen. Außerdem wurden mehrere Landarbeiter verletzt. Auch ein Polizeifunktionär wurde verletzt. Die Gutsbeamten, die gegen die Arbeiter geschossen haben, sind verhaftet worden.

Ein schwimmender Sarg. Vor dem Hamburger Seemannsamt am Donnerstag die Verhandlung über den Untergang des 2554 Tonnen großen Hamburger Dampfers „Maria Vinango“ statt, der am 2. Oktober auf der Fahrt von Havanna nach einem italienischen Hafen sank. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß das Schiff bereits 39 Jahre auf dem Buckel hatte und daß der Kapitän kurz vor der Katastrophe infolge schwerer Kesselschäden den Dampfer ohne Maschinenkraft hatte treiben lassen müssen. In Bermuda wurde eine Reparatur vorgenommen, die die Lage nicht besserte. Kurz nach der Wiederaufahrt stellten sich die Schäden in noch größerem Maße wieder ein, so daß große Wassermengen in das Schiff innere drangen. Die Besatzung forderie, daß das Schiff zurückschleppie, die Schiffsführung beharrte jedoch auf Grund der Wetterlage darauf, daß weiter gefahren werde. Am 26. September war das Schiff voll Wasser gelaufen; ein zu Hilfe gerusener englischer Dampfer nahm die Mannschaft an Bord. Bei dem Versuch, das wracke Schiff in den Hafen zu schleppen, rissen die Verbindungstrassen. Am 2. Oktober versank die „Maria Vinango“ in den Wellen. Der von der Mannschaft ausgesprochene Verdacht, daß man das alte Schiff wegen der hohen Versicherung abschließen habe verlinken lassen wollen, wurde durch die Seemannsverbandung nicht bestätigt. Eine Schuld des Kapitäns wurde für nicht vorliegend erachtet.



Zwei Haare und ein Todesurteil.

Von Bud.

Vor wenigen Tagen wurde die achtundzwanzigjährige Serbin Jovica Kures in Paris wegen Kindsmord zum Tode verurteilt. Ob das Urteil vollstreckt wird, oder der Präsident, wie immer, die Frau zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt, weiß man noch nicht.

Ob die Frau wirklich die Mörderin des neunjährigen Kindes ist?

Sie hat es bis zur letzten Stunde bestritten, mit einer Starrheit, einer Hartnäckigkeit, mit Ruhe und in der Maske eines Menschen, der nichts wissen will von dem Prozeß und der Geschichte rund um den Prozeß.

Beweise waren nur wenige vorhanden, um die Frau zu verurteilen oder der Tat zu überführen.

Der Chemiker fand an den Schuhen der Mörderin und des gemordeten Kindes die gleiche Lehmspur. Das reichte aber noch nicht aus, um die Kette der Indizien zu schließen. Hinzu kam, daß der gewissenhafte Forscher entdeckte, daß auf den Kleidern der Frau zwei Härchen sich befanden, die von dem gemordeten Kinde herrührten. Oder herrühren mußten! Das gab den Ausschlag und die Geschworenen, die vorher noch unschlüssig waren, folgten willig dem scharfen und schnellen Plädoyer des Staatsanwaltes. Es wurde das Urteil gefällt: Todesstrafe!

Es mag sein, vielleicht ist es sogar mehr wie wahrscheinlich, daß die Frau, trotz ihres Schweigens, die Mörderin des Kindes ist.

Es ist auch möglich, daß die Frau vom Präsidenten der französischen Republik begnadigt wird. Wie es fast mit allen Frauen, die zum Tode verurteilt wurden, geschehen ist.

Nehmen wir aber einmal an, das Todesurteil wird vollstreckt, ist es nicht grauhaft, daß eine Frau von Staatswegen getötet wird, nur weil ein Chemiker an den Kleidern der Frau zwei Härchen gefunden hat, die vielleicht von dem gemordeten Kinde waren?

Vielleicht hat der Gerichtschreiber mit größter Gewissenhaftigkeit untersucht und tatsächlich festgestellt, daß es zwei Härchen des Kindes waren.

Darauf aber ein Todesurteil zu bauen?

Die strenge Wissenschaft hat in diesem Falle das Todesurteil gefällt.

Kann nicht auch diese, sehr exakte Wissenschaft einmal irren?

Ist sie schon so sicher, kein Fehlurteil zu fällen, das dann noch ein weit schlimmeres Fehlurteil nach sich zieht? Wenn auf das Untersuchungsprotokoll eines Gerichtschreibers das richterliche Urteil sich aufbaut, wie leicht kann da ein Fehlurteil gefällt werden. Besonders wenn es sich um den Kopf eines Menschen handelt.

Zwei Härchen!

Die sind entscheidend über das Leben und den Tod eines Menschen. Sie bestimmen das Schicksal und werden zum wichtigsten Beweis im Urteil des Staatsanwaltes.

Ist es nicht gewagt, einem solchen Umstand, der vielleicht das Richtige trifft, so ein ungeheures Gewicht zu geben?

Ist Irren nicht menschlich und besonders das Irren der Wissenschaft?

Irren sie nie?

Der Kopf eines Menschen ist schnell ab, der Mensch ist rasch getötet, aber ein Irrtum, der den Tod eines Menschen verursacht, kann nie und nimmer gut gemacht werden. Ein Irrtum des Chemikers, und der tüchtigste Chemiker kann sich einmal irren, kann berichtigt werden. Der Mensch, der aber auf Grund des Urteils des Chemikers getötet wurde, kann nicht mehr lebend gemacht werden.

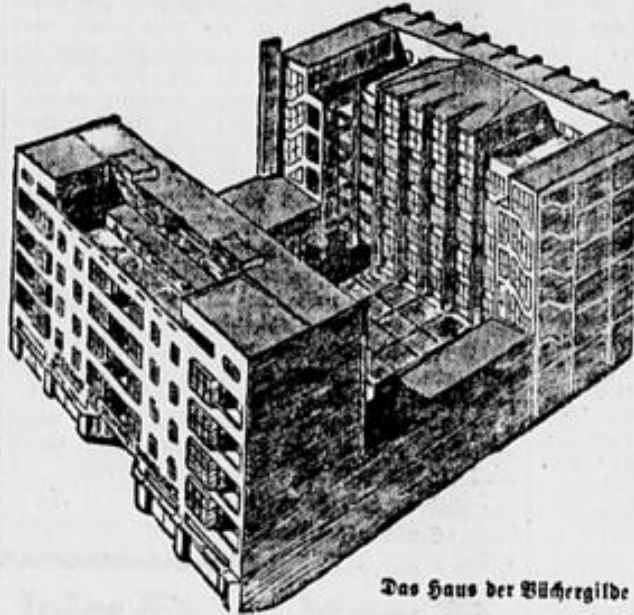
Wegen zweier Haare!

Prager Kurie am 2. November.

	1928	1927
100 holländische Gulden	1851 00	1357 00
100 Reichsmark	8 197 7/8	85 97 1/2
100 Belgas	467 32 1/2	470 32
100 Schweizer Franks	441 9 1/2	450 9 1/2
1 Pfund Sterling	163 1 7/8	164 1 1/2
100 Lire	176 00	177 46
100 Dollar	48 60	33 87 1/2
100 französische Franks	131 2 1/2	132 48 1/2
100 Dinar	54 3 1/2	50 53 1/2
100 Pengas	588 77 1/2	589 77 1/2
100 polnische Zloty	376 85	379 8 1/2
100 Scilling	478 22	476 22

Licht aus Druckerfchwärze.

Mitten im alten Strahburg, wo sich das Leben der Gegenwart durch die engen Gassen der Vergangenheit zwängt, steht ein Bronzestandbild: der Erfinder der Buchdruckerkunst, Gutenberg. Die einfache und ernste metallene Figur hält der leuchtenden Straße und dem über alte Dächer stolz emporstehenden gotischen Turm des Münsters die zwei Zeiten eines aufgeschlagenen Buches und auf diesen Zeiten die vier Worte hin: Und es ward Licht! Diese vier Worte stehen nicht nur am Anfang der alten Schöpfungsgeschichte. Mit ihnen beginnt auch die Proklamtion einer neuen Weltordnung. Die zu wohlgeordneten Kolonnen aufmarschierenden



Das Haus der Buchergilde

schwarzen Gejellen des bürgerlichen Handwerkers Gutenberg hatten die Purpurmängel und die schwarzen Antiken, die das Licht verhängten, von den Türmen und Postionen heruntergeholt. Die Erfindung der Buchdruckerkunst besiegelte das Schicksal des Mittelalters.

Straft die Gegenwart die stolze Vorkraft vom Siege des Lichtes? Millionen Gutenbergfächer Vettern stehen im Sold der Finsternisse. Das bürgerliche Zeitalter hielt den Vorstoß zum höchsten Sinn der Schöpfung Gutenbergs — „an alle!“ — in dem Moment auf, als es galt, das Licht des Wissens und der Schönheit auch denen zu bringen, auf deren Schultern das Fundament der heutigen Gesellschaft ruht.

Von der Organisation der Buchstaben bis zur Organisation der Leser des gedruckten Buches brauchte die Entwicklung einige hundert Jahre. Eines Tages brach der geheimnisvolle Antrieb der Idee Gutenbergs zu neuer Schöpfung auf: Die Arbeiter, die aus allen emporgestiegenen Bezirken des Laßens mit der Peitsche des Hungers und der bunten Narrenschuftel des Ritsches immer wieder Vertreibungen, bauten dem Geist Gutenbergs einen neuen Tempel, gründeten eine Buchgemeinschaft und begannen Bücher zu drucken und ihren Vertrieb zu organisieren. „Büchergilde Gutenberg“ nannten sie ihre Gemeinschaft, in absichtsvoller Anwendung traditioneller Werte, denn es galt, eine gute Tradition zu vertreten: Bücher im Sinne Gutenbergs zu drucken — gut zu drucken und

Bücher, auf denen wie auf einem Fundament das Standbild stehen kann, das den Triumph des Lichtes schlicht und mit ruhiger Gewißheit verkündet.

Es ist nicht viel Geschrei gemacht worden mit dieser Gründung. Die entscheidenden kulturbewegenden Ereignisse haben sich schon immer in aller Stille in die Welt gesetzt. Gestützt auf den Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker, wagte sich die Büchergilde auf die Straße — in Berlin, wo die goldenen Paläste der Profitbarone des Büchermarktes stehen. Dort fing die Büchergilde mit einigen tausend Mitgliedern an, druckte Bücher für drei Mark, für eine Mark im Monat pro Quartal ein Buch, und was für Bücher! Die Ausschaltung allen Profits und die Begeisterung uneigennütziger Mitarbeiter sicherten den niedrigen Preis, der berufliche Ehrgeiz der Jünger Gutenbergs trieb zu immer neuen buch künstlerischen Höchstleistungen an, und der entschiedene Kulturwille im Kampfe und in der Gewißheit des Sieges großgewordener Proletarier legte die Meilensteine einer geraden und steilen Entwicklung zur unvollkommenen sozialistischen Buchgemeinschaft.

Die Büchergilde Gutenberg (Berlin SW 61, Dreilindstraße 5; für die Tschechoslowakische Republik: Deutsche graphische Bildungsvereinigungen, Geschäftsstelle Prag II., Zmetchy 27, linke Striege, 3. Stock) hat die Kräfte schwere Jahre überstanden, hat unfreundliche Maßnahmen benachbarter und gegnerischer Organisationen abfolgend erlitten, ist nicht an der Melioration des Tageschwiegens zerbrochen. Sie marschiert, nimmt dankend an Mitgliedern zu, und die Autoren von Ruf und Bedeutung bringen ihr Vertrauen und Begeisterung entgegen.

Neben den Talenten aus den eigenen Reihen ist jeder willkommen, der mitbauen will am Haus der Zukunft. Autoren wie Traven, dessen Romane zu den stärksten Erlebnissen zählen, Prezang, Max Barthel, Zahrenzel, Anderien Negz, Jack London, Oscar Maria Graf haben dazu beigetragen, den Interessenkreis der Büchergilde über die Grenzen Deutschlands auszuweiten. Und auch der Gegner, der die genossenschaftliche Idee und die Gemeinschaft ablehnt, muß heute mit Respekt und Anerkennung anerkennen, daß solche Bücher für einen solchen Preis sonst niemand herausbringen kann, und nicht für das Doppelte des Preises.

Das System der freien Buchauswahl und die stattliche Anzahl der erzählenden Werke, der Reise- und Abenteuerbücher, der populär geschriebenen wissenschaftlichen Werke, der Bücher über Kunst und Geschichte — viele reich illustriert und alle in buchtechnischer Vollendung — gestatten jedem Mitglied die Auswahl nach seinen Wünschen. Eine Zeitschriftenbibliothek für 150 Mk. gliedert sich den Dreilind-Wänden an. Außerdem erhält jedes Mitglied kostenlos eine monatlich erscheinende Zeitschrift „Die Büchergilde“. Jedes neue Buch wirkt, jedes neue Mitglied wird ein Mitarbeiter. Das Wachstum der Büchergilde Gutenberg hat etwas Gelegentliches: von Jahr zu Jahr 80 Prozent Zunahme! Die Leistung entscheidet, nichts weiter! Was Gutenberg begann, hier wird es vollendet: Das Buch für alle Welt, das gute und schöne Buch für alle, ist Wahrheit geworden.

auch nur als Gast zu tun hatte. Da muß man denn doch die Frage stellen: „Wo bleibst denn da die berufskundige Wahrnehmung der „besonderen Eigenheiten“ der Betriebe bei der Vermittlung von Hilfspersonal?“

Der besorgte Gastgewerbetler mag wohl von der Wirksamkeit der öffentlichen unentgeltlichen Arbeitsvermittlung auch nicht eine blasse Ahnung haben und wenn er sich darüber informieren wollte, wie groß die Vermittlungserfolge derselben auch im Hotel- und Gastgewerbe sind, dann würde ihm wohl bewußt werden, wie kläglich sich seine Behauptungen und wie überflüssig sich seine Befürchtungen ausnehmen. Er scheint aber auch keine Ahnung zu haben über die ungeheure Auspoberung der Stellensuchenden im allgemeinen und gerade im Gastgewerbe im besonderen durch die Tätigkeit der erwerbsfähigen privaten Stellenvermittlungen. Dieser gewinnstüchtigen Spekulation auf den hungrigen Magen der Stellensuchenden heute noch das Wort zu reden, ist einfach eine Unberühmtheit.

„Daß die bisherigen Konzeptionsinhaber durch eine derartige Wahrnehmung (nämlich durch die angebliche Verstaatlichung) schwer geschädigt würden“, wie der Artikelsschreiber meint, mag ja richtig sein, um so mehr, als sie bisher schwer verdienen haben. Es lassen sich ja auch die Besorgnisse der privaten Stellenvermittler vor der angeblich geplanten Verstaatlichung sehr gut nachfühlen.

Aber was schert dies den „Nachmann“ aus dem Hotel- und Gastgewerbe? Die Gewerbe-Genossenschaften, wozu ja auch das Hotel- und Gastgewerbe gehört, sind doch nach den Bestimmungen des § 116 der Gewerbeordnung dazu verpflichtet, eigene Vermittlungsstellen für ihre Genossenschaften zu unterhalten. Daß die allermeisten Gewerbe-Genossenschaften dies weder wollen noch können, weiß man ja; aber dann können sie sich ja laut den Bestimmungen des obigen Paragraphen dieser Verpflichtung entziehen dadurch, indem sie die Stellenvermittlung für ihr Gewerbe der öffentlichen unentgeltlichen Arbeitsvermittlung bzw. den zuständigen Bezirksämtern übertragen. Und besonders im Gastgewerbe würde



Wie wasche ich Seide?

Seidenblusen, Shawls und Combinées müssen sehr behutsam gewaschen werden, da Seide nicht gerieben und auch nicht heiß gewaschen werden darf. Eben deshalb ist

RADION

das ideale Waschmittel für Seide,

weil schon das mehrmalige Eintauchen und Ausdrücken in lauer RADION-Lösung genügt, um allen Schmutz vollständig zu lösen. Der schöne, der Seide eigentümliche matte Glanz und weiche Griff bleiben auch nach oftmaligem Waschen in RADION erhalten, die Farben behalten besonders dann, wenn man dem ersten Spülwasser etwas Essig beigibt, den ursprünglichen, leuchtenden Ton.

letzteres keine Schwierigkeiten bereiten, weiß man es doch, daß der allergrößte Teil der Gehilfenschaft von der genossenschaftlichen Stellenvermittlung gar nichts wissen will. Aber keineswegs entspricht es der Gewerbeordnung, wenn im Gastgewerbe die Gehilfenschaft den privaten Stellenvermittlern ausgeliefert wird und diesen die Säckel füllen soll.

Aber eigentlich mag sich wohl der Artikelsschreiber, wie viele andere auch, in einem Irrtum befinden. Es wird nämlich ganz allgemein die angestrebte Zentralisierung der Stellenvermittlung in die öffentliche Arbeitsvermittlung einfach als Verstaatlichung der Arbeitsvermittlung bezeichnet. Manche Menschen können sich eine gesetzliche Neuordnung der Arbeitsvermittlung nicht anders vorstellen, als daß sie eben verstaatlicht werden müßte, was aber doch durchaus nicht zutreffen muß und was auch vom Standpunkte einer zentralisierten Arbeitsvermittlung selbst gar nicht zu wünschen wäre. Aber auch bei den nationalen Minderheitsbürokern in diesem Staate müßte eine etwa beabsichtigte Verstaatlichung der Arbeitsvermittlung das schwerste Mißtrauen und entscheidenden Widerstand auslösen. Mit der Zentralisierung der gesamten Stellenvermittlung in die öffentliche unentgeltliche Arbeitsvermittlung soll diese befähigt werden, als Wirtschaftsfaktor und auch sozial wirken zu können. Und dazu bedarf es nicht der Verstaatlichung, sondern die Verstaatlichung der zentralisierten Arbeitsvermittlung würde dieselbe gleich im vornherein bei einem großen Teile der Bevölkerung diskreditieren und dieselbe unfähig machen, ihre Aufgaben gegenüber der Volkswirtschaft und gegenüber der Allgemeinheit zu erfüllen.

Aber auch bei der seit Jahren schon angestrebten Zentralisierung der Stellenvermittlung in die öffentliche unentgeltliche Arbeitsvermittlung müßten die privaten Stellenvermittlungen verschwinden und dazu wäre es schon wahrlich hoch an der Zeit.

Prager Produktentbörse. (Offizieller Bericht vom 2. November.) Mit Rücksicht auf den gestrigen Feiertag und den heutigen Allerheiligen tag war die Produktentbörse schwächer besucht. Die flauere Tendenz am Getreidemarkt hielt weiter an und es kam in Weizengetreide und Gerste zu einem neuen Preisrückgang um 1—2 K. Dagegen vermochte sich zu behaupten. Der Rückgang am Getreidemarkt brachte gleichfalls eine Abschwächung von Roggenmehl um 2 K mit sich. Mais zeigt eine stetige Tendenz. Auf den übrigen Gebieten bleiben die Notierungen unverändert und haben eher einen nominellen Charakter. — Es notierten: Weizen böhm., roter, 1928, 190—195, Weizen, gelber, 175 bis 180, Roggen böhm., 171—178, Gerste Ia, Prag, 175—180, Gerste, mittlere 172—174, Roggenmehl Ofl 283—290, Roggenmehl I 263—270 und Roggenmehl II 193—195.

**Genossen! Ihr müßt un-
ausgeseht für
die Verbreitung unserer Zeitung agitieren-
Zehet euch überall für unsere Parteipresse
ein. In das Heim des Arbeiters gehört die
Arbeiterpresse. Darum,
Genossen u. Genossinnen **agitiert****

